

Posen-Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Mr. 272.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 17. April. Der König hat die Gerichts-Assefforen Stöltzing in Berlin, Hersfeld in Weitensels, Löß in Dierdorf, Hoffmann und Max Fromme zu Amtsrichtern ernannt; sowie dem Bantfier und Weinbäcker Hermann Franz Kappelhoff zu Emden den Charakter als Kommerzien-Rath verliehen.

Dem Provinzial-Steuer-Direktor, Geheimen Ober-Finanz-Rath Schomer zu Altona ist die Stelle des Provinzial-Steuer-Direktors in Stettin übertragen worden. Dem Provinzial-Steuer-Direktor, Geheimen Finanz-Rath Krieger zu Stettin ist die Stelle des Provinzial-Steuer-Direktors in Altona übertragen worden.

Dem Kürschner Karl Drey zu Siegen ist die Medaille für gewerbliche Leistungen in Bronze verliehen worden.

Dem Ober-Landesgerichts-Rath Günther in Naumburg ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Appellationsgerichts-Rath z. D. Wenzel in Marienwerder ist gestorben. Verstet sind: der Landesgerichts-Rath Schmittay in Schneidemühl und der Landrichter Dr. Olshausen in Cottbus an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsgerichts-Rath Dilthey in Idstein an das Amtsgericht in Dorgau, der Landrichter Germershausen in Meseritz als Amtsrichter an das Amtsgericht in Guben. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Caspari aus Detmold bei dem Landgericht in Kassel, der Rechtsanwalt Salomon aus Samter bei dem Landgericht in Posen, der Gerichts-Asseffor Hanke bei dem Amtsgericht in Zabrze, der bisherige Amtsrichter Buchs in Katzenbach bei dem Amtsgericht in Tarnowitz, der Gerichts-Asseffor Lischke bei dem Landgericht in Meseritz und der Gerichts-Asseffor Nesch bei dem Landgericht in Köln. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt Justiz-Rath von Herkberg bei dem Landgericht I. in Berlin. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Norden in Gleiwitz ist als Notar durch Disziplinarurtheil aus dem Amte entlassen. Der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Leesemann in Münster, der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Kratz in Marienwerder und der Rechtsanwalt, Justiz-Rath Hoffmann in Bonn sind gestorben.

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung.

Berlin, 17. April. Am Tische des Bundesraths Graf zu Eulenburg, Hoffmann.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Gesetzeswurfs, betreffend die Abänderung des § 30 des Gesetzes vom 21. Okt. 1878 gegen die gemeinfährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Die Regierungsvorlage enthält nur den einzigen Artikel: „Die Dauer der Geltung des Gesetzes u. s. w. wird unter Abänderung des § 29 dieses Gesetzes bis zum 31. März 1886 hierdurch verlängert.“ Die Kommission hat beschlossen, den Zeitraum für die verlängerte Wirksamkeit des Gesetzes nur bis zum 30. September 1844 sich erstrecken zu lassen und außerdem folgende Deklaration als § 1 hinzuzufügen:

Die im § 28 Nr. 3 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 getroffene Bestimmung wird dahin erläutert, daß dieselbe auf Mitglieder des Reichstages oder einer gesetzgebenden Versammlung, welche sich am Sitz dieser Körperschaften während der Session derselben aufzuhalten, keine Anwendung findet. Die Beschwerde gegen die Verfügungen, welche auf Grund der gemäß § 28 des vorbezeichneten Gesetzes getroffenen Anordnungen erlassen werden, findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

Die Überschrift des Gesetzes soll lauten: Gesetz, betreffend die authentische Erklärung und die Gültigkeitsdauer des Gesetzes u. s. w."

Dem § 1 beantragt Abg. Sonnenmann folgende Fassung zu geben: „die in § 22 Absatz 2 und in § 28 Nr. 3 getroffenen Bestimmungen werden dahin erläutert, daß dieselben auf Mitglieder des Reichstages oder einer gesetzgebenden Versammlung, welche sich am Sitz dieser Körperschaften während der Session derselben aufzuhalten oder sich dorthin begeben, keine Anwendung finden.“ Das Alinea 2 des § 1 bleibt unverändert.

Abg. Windthorst beantragt eine Reihe von Abänderungen des Sozialistengesetzes, die in § 1 der Kommissionsvorlage aufgenommen werden sollen, so daß die Überschrift derselben lautet: Gesetz, betr. die Abänderung, sowie die authentische Erklärung und die Gültigkeitsdauer des Gesetzes vom 21. Oktober 1878. Diese in § 1 anzunehmenden Abänderungen beziehen in Bezug auf das Verbot von Vereinen (§ 8) und Druckschriften (§ 13) das Reichsgericht als Beschwerdeinstanz an Stelle der Reichsbeschwerde-Kommission einzusetzen; ferner auf Versammlungen für Reichstags- oder Landtagsswahlen das der Polizei nach § 9 aufzuhende vorherige Verbotsrecht nicht sich erstrecken zu lassen, endlich die Verhängung des kleinen Belagerungsstandes (§ 28) nur für Berlin und dessen viermeiligen Umkreis zuzulassen.

Ferner beantragt Abg. v. Ludwig, dem § 2 der Kommission hinzufügen: „Zugleich wird das Gesetz auf alle diejenigen Bestrebungen ausgedehnt, welche, auch ohne sich als spezifisch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische darzustellen, in analoger Weise die Untergrabung der christlichen und monarchischen Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezeugen.“

Endlich liegen sieben selbständige Anträge der sieben sozialdemokratischen Abgeordneten Wiemer, Frisch, Liebsch, Auer, Hasselmeier, Bebel und Kaiser auf Aufhebung der §§ 1, 2, 9, 11, 16, 22, 23, 24, 26, 27 und 28 des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 vor.

Referent Abg. Marquardsen: Meine Aufgabe ist eine ziemlich leichte, da der Bericht der Kommission die Begründung ihrer Anträge und ihrer Entscheidung über die des Abgeordneten Windthorst mitgetheilt hat. Die Anträge der Abg. Auer, Hasselmann, Bahlteich u. s. w. sind ihrer Natur nach eine Negation des ganzen Gesetzes von 1878. Wenn die bezüglichen Paragraphen ihren Anträgen entsprechend aufgehoben werden, so bleibt von dem ganzen Gesetze nur das Schiedenshaus übrig, die Schiede ist heraus. (Sehr gut!)

Abg. v. Minnigerode beantragt die Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht einzeln, sondern zusammen zu behandeln, da sie nicht die Amodierung der Vorlage, sondern die Beteitung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 bezwecken; sodann die Anträge des

Montag, 19. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petition oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Abg. Windthorst, demnächst den § 1 der Kommission mit dem Antrage Sonnenmann und endlich den § 2 derselben mit dem Antrage v. Ludwig.

Gegen dieses Verfahren, soweit es ihn und seine Freunde betrifft, sträubt der Abg. Bebel sich sehr lebhaft. Er gibt zu, daß die Form, in der sie ihre Anträge eingebracht haben, eine auffällige sei, sie hätten sie aber wählen müssen, um ihre Beschwerden gegen das Sozialistengesetz und seine Anwendung gründlich und von Fall zu Fall vorbringen zu können. Die Absicht, die Debatte ins Ende zu verlängern, liege ihnen fern. Die Abg. Lasker und Hänel wollen ihnen den Raum für ihre Beschwerdeführung nicht verfürzen, möchten aber doch im Interesse der Verhandlung und ihres Zweckes eine Gruppierung der Anträge nach Materien empfehlen, ein Wunsch, dem sich auch der Abg. Windthorst im Wesentlichen anschließt. Abg. v. Kleist schreibt, daß den Sozialdemokraten Ehre genug erwiesen wird, wenn ihre Anträge en bloc und von der Vorlage gesondert, nicht als Amendements zu §§ 1 und 2 derselben behandelt werden, in welchem Fall sie viel rascher beseitigt würden als in der angebotenen Form. Abg. Bebel bemerkte darauf, daß gerade Herr v. Kleist den Sozialisten die Ehre, sich mit ihnen zu beschäftigen, ganz besonders häufig erweist.

Das Haus beschließt gegen einen Theil der liberalen Parteien und des Zentrums, nach dem Vorschlag des Abg. v. Minnigerode zu verfahren und diskutiert zunächst die Gesamtheit der sozialdemokratischen Anträge.

Abg. Wiesner bringt eine Reihe von Beschwerden über die Handhabung des Sozialistengesetzes vor; man habe Vereine aufgelöst, die gar nicht sozialistische, sondern wirthschaftliche Zwecke verfolgten, z. B. Konsumvereine. Der Reichsfanzler selbst verfolge ja sozialistische Zwecke, indem er die Verstaatlichung ganzer Industriezweige betreibe. Auch sei das Gesetz in verschiedenen Landestheilen verschieden gehandhabt worden; man habe Wahlversammlungen hier verboten, dort gestattet. Wenn die Liberalen an ihren früheren Ideen noch festhielten, müßten sie eigentlich auch dem Gesetze von 1878 unterstellt werden. Das Zentrum habe sich früher gegen die Polizeiwillkür des Gesetzes erklärt, jetzt scheine es schon zu einer anderen Ansichtung gekommen zu sein. Redner bittet, die Anträge seiner Freunde anzunehmen.

Abg. Frhr. Langenrath v. Sinner: Er habe die Gefahr der sozialdemokratischen Bewegung von jeher mit Sorge verfolgt. Ganze Volksklassen habe sie bis zur Gluthitze aufgeregzt und nicht am mindesten gefährlich sei der materialistische Standpunkt der Partei zu den religiösen Fragen. Freilich sei sie von sehr hoher Stelle aus künstlich groß gezogen worden, als man an Lassalle einen Bundesgenossen gegen Schulz-Delitzsch zu gewinnen glaubte. Auch habe die auf Macht und Gewalt basirte moderne Politik und die Richtung der neueren Gesetzgebung den Boden für ihre Agitation vorbereitet. Durch einen Ausnahmegericht könne man die gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht unterdrücken und in ihren Werken nicht beseitigen. Dazu lägen diese Wurzeln doch zu tief. Nur im Kampf mit geistigen Waffen könne man der Sozialdemokratie wirksam entgegensteuern. Dazu sei eine allgemeine Umkehr in Deutschland nötig, ein Neubau müsse aufgeführt werden, in dem die auf Korporationen gegründete germanische Freiheit zur Herrschaft gelangen müsse. Da er nicht auch in Deutschland eine Diktatur über die unterdrückten Volksmassen wolle, so werde er auch gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen.

Abg. Hasselmeier: Wenn Sie die Sozialdemokratie vernichten wollen, so gibt es ein einfaches Mittel: geben Sie auf unsere Fortbewegungen ein, so wird die Sozialdemokratie als solche verschwinden. Ich will hauptsächlich über die Handhabung des § 11, der die Presse betrifft, sprechen. Gleich nach Erlass des Gesetzes wurde die „Berliner freie Presse“ verboten, die darauf erreichende „Tagespost“ als Fortsetzung derselben ebenfalls; auch die „Berliner Nachrichten“, die in demselben Verlage erschienen. Bei letzteren wurde aber gerichtlich festgestellt, daß sie keine Fortsetzung der ersten seien. Aber inzwischen war der Verlag, die Genossenschaftsdruckerei, ruinirt und mußte liquidieren. Redner erörtert dann das Verbot des „Vormärz“ in Leipzig, den man auf Grund eines Artikels unterdrückt habe, in welchem die Parteigenossen aufgefordert wurden, die Folgen des Gesetzes zu vermeiden. Die Beschwerdefkommission habe das Verbot auf Grund dieses Artikels für nicht berechtigt erachtet, es aber nicht aufgehoben, sondern mit dem sonstigen sozialistischen Inhalt der betreffenden Nummer begründet. Man habe auch Zeitungen, die ohne jede Parteirichtung geschrieben waren, verboten, weil sie Fortsetzungen der früher eröffneten unterdrückten Zeitungen sein sollten; in der einen stand ein Artikel über den Sozialismus im Alterthum, in der andern wurde die Errichtung von Gemeindebäckereien empfohlen und Gemeindebäckereien seien doch weniger sozialistische Einrichtungen, als etwa das Tabakmonopol oder das Reichszeisenbahuprojekt. Eine Zeitung sei verboten, weil sie — nicht eine Fortsetzung, aber ein Ersatz einer verbotenen Zeitung sei, trotzdem sie nur Artikel aus andern Zeitungen, aus der Preußischen, Kreuzzeitung, Norddeutschen Allgemeinen u. s. w. enthielt. Auch das vom Redner herausgegebene humoristisch-satirische Wochenblatt, das „Läpplein“, ein harmloses Blättchen, sei als sozialdemokratisch verboten worden. In einer vom Redner verfaßten Broschüre sei das Verbot einer anderen Broschüre abgedruckt und deshalb auch die seinige verboten. Sollten denn solche Verbote verschwiegen bleiben? Bei der Wahl am 14. April in Berlin sei das sozialdemokratische Flugblatt verboten worden, weil in demselben ein Theil des sozialdemokratischen Programms enthalten gewesen. Es wurde in demselben gefordert: die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf das Baugewerbe, ein Normalarbeitstag, die Abschaffung der Frauenarbeit und dergleichen mehr. Ein anderes Flugblatt, welches nur die Wahl Körners empfahl und die Paragraphen des Wahlreglements enthielt, nach denen sich jeder richten muß, wurde konfisziert. Die liberale Presse habe im Kampf gegen die Sozialdemokraten die Polizei noch überboten. Wie weit man in der Unterdrückung sozialistischer Schriften gegangen ist, beweist das Verbot der Schrift: „Gerr v. Treitschke, der Sozialistentöter“, dessen Verfasser jetzt selbst in der Gartenlaube gegen die Sozialisten kämpft und von der Magdeburgischen und Weser-Zeitung als ein Lümmen betrachtet wird. Er hat uns den Rücken gewandt, wahrscheinlich, weil wir ihm nicht genug bieten konnten.

Abg. Hänel: Die Debatte hat mir nirgends Veranlassung zum Eingreifen gegeben, da von keiner Seite neue Gründe für das Gesetz oder gegen unsern Standpunkt zu demselben vorgebracht worden sind. Die von den sozialistischen Abgeordneten gehaltenen Reden bestätigen zum großen Theil das Urtheil, daß abgesehen von der prinzipiellen Stellung, die Art und Weise der Handhabung des Gesetzes äußerste

Bedenken hat. Diese Ausführungen litten zwar an großer Breite, aber es ist doch eine Reihe von Thatjahren angeführt worden, die weit aus die Grenzen alles dessen überschreiten, was die Majorität des Reichstages ursprünglicher Erlass des Gesetzes als Grenzen festgestellt zu haben glaubte. Kann das Verbot der bloßen Empfehlung des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten auch nur mit einem Schema von Interpretation durch die Bestimmungen dieses Gesetzes gerechtfertigt werden? Aber derartige Übergriffe sind die notwendige Konsequenz der Ausdehnung der Polizeigewalt. In Konsequenz der Stellung, die meine Partei nun einmal diesem Gesetz gegenüber eingenommen hat, werden wir für die von den Sozialisten beantragten Amendements stimmen. Nur möchten wir, wenn einmal über das Prinzip bei dem Antrag zu § 1 entschieden ist, mit weiteren Abstimmungen verschont werden, und deshalb über die Streichung aller Paragraphen, über welche verbunden diskutiert wird, gleichzeitig abstimmen.

Abg. Frisch: Durch die destruktiven Tendenzen der neuen Gewerbeordnung wurden eine Reihe frührer Institutionen zerstört, wir wollten dieselben zum Wohle der Arbeiter in zeitgemäßer Form erhalten und thaten das durch unsere zentralisierten Kassen. Allerdings sollten diese Kassen auch den Zweck haben, den Arbeitern die Mittel zur Ausübung des durch die Gewerbefreiheit ihnen gegebenen Koalitionsrechtes bei Arbeitseinstellungen zu gewähren. Das Koalitionsrecht hat man uns zwar nicht nehmen können, aber man hat durch das Sozialistengesetz den Arbeitern die Mittel zur Ausübung derselben genommen. Die grundlegenden Feinde der Strife sind die Hauptverfechter des Sozialistengesetzes gewesen. Wenn das Verbrechen der Kassen nur in ihrem sozialdemokratischen Leiter besteht, so war dasselbe doch nicht groß genug, deshalb Tausenden von Arbeitern die Existenzmittel in Zeiten der Arbeitslosigkeit zu nehmen. Ich habe seiner Zeit sehr energisch gegen die Bestrebungen Schweizer's angeämpft, diese Gewerbevereine für politische Zwecke zu benützen. Heute bedauere ich meine frühere Taktik, denn sie hat die Kassen nicht vor der Zerstörung geschützt. Unsere Polizei behandelt diese Kassen, sobald sie Arbeiten gehören, mit der größten Willkür. Wenn man dieselben Sachen bei verschiedenen Personen mit zweierlei Maß misst, so ist das durchaus nicht loyal. Die Kasse der Tabakarbeiter hat alle jährlich fast 1 Million M. Unterstützungen an Arbeitern gezahlt, und andere Kassen haben in ähnlicher Weise gewirkt. Man hat sie geschlossen und für die armen Arbeiter keinen Ersatz dafür geschaffen, trotz der häufigen Versprechen auf positive Maßregeln zur Bekämpfung der Not der Arbeiter. Ich möchte Sie nun um Streichung des Paragraphen gegen diese Kassen bitten, zumal das Reichsgericht sich als nicht kompetent erklärt hat, die auf Grund eines solchen Polizeigesetzes von den Verwaltungsbehörden getroffenen Verfügungen vor sein Forum zu ziehen.

Die Diskussion wird geschlossen und die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei abgelehnt.

Es folgt die Diskussion über die Anträge des Abg. Windthorst (s. o.). Zu § 8 bemerkt der Antragsteller: Abg. Windthorst: Die Verwerflichkeit der sozialistischen Bestrebungen, ihre Gefährlichkeit für Staat und Kirche werden von meiner Partei ebenso wie von allen anderen anerkannt. Die Meinungsverschiedenheit bezieht sich nur auf die Methode der Bekämpfung. Dieses Gesetz ist ein reines Präventivgesetz, welches alle Garantien persönlicher Sicherheit und sogar des Eigentums durchbricht und eine große Zahl der Staatsbürger außerhalb des Gesetzes stellt. Ich gebe dem System den Vorzug, das unsere Stammesgenossen, die Engländer, befolgen, indem sie die Bekämpfung solcher Ansichten der Diskussion in Versammlungen überlassen, diejenige Partei, welche die allgemeinen Gesetze verletzt, nach diesen Gesetzen behandeln und im Übrigen vertrauen, daß die Wahrheit siegen müsse über den Unfug. Die sozialdemokratische Bewegung wird jetzt hauptsächlich von England aus geführt, die Herren, die hier erscheinen, sind nur Handlanger der Londoner Führer. (Der Präsident erläutert eine solche Bezeichnung angewandt auf Mitglieder des Hauses für unzulässig.) Indem wir die sozialdemokratischen Bestrebungen von der freien Diskussion zurücktreiben, stärken wir nur den Einfluß jener auswärtigen Agitation. Ich würde aus diesen Gründen das Gesetz heute einfach aufheben, da ich aber dies nicht kann, so will ich es durch einige Modifikationen wenigstens erträglich machen. Die Dauer des Gesetzes halte ich nicht für so wichtig, denn dieses Gesetz wird mit dem hier bestimmten Zeitpunkte nicht außer Kraft treten. Das wäre nur dann der Fall, wenn es dahin die sozialdemokratische Bewegung beendigt wäre. Wer das für möglich hält, der hat die Größe dieser erstickenden Bewegung nicht begriffen. Der Werth eines Endterms des Gesetzes liegt also nur darin, daß die Regierung dadurch veranlaßt wird, es mit sehr großer Vorsicht anzuwenden, damit man ihr die Verlängerung nicht verweigere. Damit wir aber anfangen, allmählich zum gemeinen Recht zurückzufahren, habe ich zu § 8 beantragt, die Beschwerden an das Reichsgericht geben zu lassen. Das Reichsgericht existierte bei Erlass dieses Gesetzes noch nicht, darum mußte der Rechtseinheit wegen die Reichskommision gebildet werden. Gestjehe ich keinen Grund mehr, die Entscheidung dem ordentlichen höchsten Gericht zu entziehen. Redenfalls bieten die Gerichte eine weit größere Garantie für eine gerechte Handhabung des Gesetzes. Von der positiven Thätigkeit, die man 1878 so pries, habe ich bis jetzt wenig bemerkt; die Sozialdemokratie kann nur bekämpft werden durch die Waffen des Geistes, der Moral und der Religion. Zeit werden unter den Arbeitern, aber solche verbreitet, in denen der Glaube der Christen und die Religion lächerlich gemacht werden. Das findet vielleicht Beifall in höheren Kreisen, aber damit wird der Boden für die Wiederkehr der Sozialdemokratie vorbereitet. Alle jüngsten Errichtungen der Gesellschaft, auch das Eigentum beruhen auf den Lehren der Religion. Sind diese vernichtet, so nimmt, wer die Faust hat, was er bekommen kann. Diejenigen, welche am meisten berufen waren, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, hat man bekämpft; man knechtet die Kirche. — (Der Präsident macht den Redner aufmerksam, daß nur § 8 zur Diskussion stehe.) Ich wollte nur ausführen, daß, weil der Kampf gegen die Sozialdemokratie in Folge der Unterdrückung der Kirche so lange dauern wird, man eine richterliche Instanz herstellen müßt, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Abg. v. Kardorff: Der Behauptung des Redners, daß dieses Gesetz bisher wirkungslos gewesen sei, muß ich widersprechen. Selbst die Gegner des Gesetzes haben anerkannt, daß das Gesetz auf die Sozialdemokratie ernüchternd, also wohltätig gewirkt habe. Dieses Gesetz ist ein ausschließliches Verwaltungsgesetz, seine Fassung ist für die richterliche Judikatur durchaus nicht geeignet. Ich wünsche auch, später einmal die ganze Materie im gemeinen Recht zu ordnen, aber

Europäische Annahme-Bureaus.
Jr. Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. E. Baube & Co.
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görbitz beim „Invalidendank“.

für den Augenblick stehen sich diesem Bestreben unüberwindliche Hindernisse entgegen. Ich muß auch der Behauptung des Vorredners widersprechen, daß bisher keine positiven Maßregeln gegen die Sozialdemokratie getroffen worden seien. Ich erinnere nur an die Anträge zur Abänderung der Abgeordneten Stumm (Gelächter), an die Anträge zur Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Gelächter), und an die neue Wirtschaftspolitik, welche den Arbeitern durch reicheren Verdienst helfen soll. (Plaus! Kornjölle!)

Reiterent Marquardsen: Die präventive Natur dieses Gesetzes schließt eine streng richterliche Würdigung der Handhabung desselben aus. Es handelt sich nicht um ein reines Rechtsgebot und die Gesichtspunkte der Angemessenheit und Zweckmäßigkeit müssen vielfach die Entscheidung beherrschen. Der Thatbestand des § 1 entzieht sich einer streng juristischen Auffassung. Es muß auch im Interesse des Reichsgerichts selber vermieden werden, denselben Aufgaben zu stellen, welche über die reine Rechtsprechung hinausgehen und in das politische Gebiet hinausgreifen. Ich bitte also den Antrag Windthorst zu § 8 abzulehnen.

Der Antrag Windthorst wird sodann gegen die Stimmen den Zentrums, des Fortschritts, der Polen, Elsässer und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Windthorst empfiehlt darauf die Annahme seines zu § 9 gestellten Antrages, der lediglich den Zweck habe, die in der Verfassung garantirte freie Wahl zu schützen.

Abg. Sonnemann: Ich kann in den Veränderungen der Gewerbe-Ordnung und in den schulzianischen Maßregeln durchaus keine positiven Schritte zur Befreiung der Sozialdemokraten erblicken. Nach § 9 sollen solche Versammlungen aufgelöst werden, in denen sozialistische Bestrebungen zu Tage treten, und Versammlungen, bei denen Thatsachen vorliegen, welche auf die Förderung sozialistischer Bestrebungen schließen lassen, verboten werden. Zu meinem Bedauern ist dieser Paragraph nicht in diesem Sinne ausgeführt worden. Namentlich hat man Wahlversammlungen der Sozialdemokraten, in denen sie sich jeder sozialistischen Agitation enthalten haben, verboten, so in Breslau, Bamberg, in Magdeburg und in Chemnitz. Wenn nun auch der Abgeordnete v. Kardorff den Vorzug des Gesetzes in der dadurch hervorgerufenen Ernüchterung erblickt, so bin ich doch der Meinung, daß die Entziehung so wichtiger bürgerlicher Rechte ganz entgegengesetzte Gefühle wachruft.

Wie soll man es aber mit der Instruktion des Ministers vereinbaren, wenn das Gesetz auch gegen andere Parteien angewendet wird, wie dies fürlich in München geschehen ist. Die deutsche Volkspartei, deren Programm mit der Sozialdemokratie nichts gemeinsam hat und von ihr sogar in Sachen heftig angegriffen wird, hatte in München eine Versammlung einberufen, die sich mit der Militärvorlage beschäftigen sollte. Die Versammlung wurde verboten, weil angeblich Sozialdemokraten an der Zusammensetzung des Bureau (in einer Vorversammlung) mitgewirkt hatten und weil der Verdacht vorlag, daß auch sozialdemokratische Bestrebungen hervortreten werden. Eine nunmehr anberaumte Parteiveranstaltung, zu welcher alle Parteigenossen und Freunde der demokratischen Sache eingeladen waren, wurde aufgelöst und zwar auf Grund des Sozialistengesetzes, weil in der Versammlung eine größere Anzahl von Sozialisten anwesend seien. Was das Verbot betrifft, so wäre, wenn Alles wahr wäre, was die Polizei behauptet, das Verbot trotzdem nicht berechtigt. Es ist aber auch eine Erklärung des Vertrauensmannes der deutschen Volkspartei in München erschienen, welche diesen Behauptungen widerspricht und gleichzeitig hervorhebt, daß neun Zehntel der Versammlung aus Mitgliedern des Mittelstandes und des besseren Bürgerstandes zusammengesetzt war; nur ein Zehntel seien Arbeiter gewesen, es stehe aber noch nicht fest, daß es Sozialdemokraten gewesen seien. Es hatten noch keine Verhandlungen stattgefunden, sondern nur die Konstituierung des Bureau. Wie will man das rechtsgültig? Die Auflösung konnte doch nach § 9 erst stattfinden, wenn in der Versammlung selbst die bezeichneten Bestrebungen hervorgetreten wären. Wenn das in einer Stadt wie München geschehen kann, was soll dann erst in kleinen Orten geschehen, wo die Handhabung der Polizei in der Hand untergeordneter Organe ist? Und was nügen in einem solchen Falle alle Beschwerden? Die Auslagen sind gemacht, die Sache, welche verhandelt werden sollte, ist vorüber, ein Begeid, der nach 4 Wochen vielleicht eintrifft, hat gar keinen Zweck mehr. Ich war überrascht, daß dies gerade in Bayern geschehen konnte. Als ich bald darauf in einer Kunsthandschrift in München eine Unterhaltung zweier Engländer über dieses Vorfahren hörte, habe ich mich im Gefühl tiefster Beschämung davongeschlichen. (Redner will darauf die Konfession mehrerer Blätter besprechen, wird aber vom Präsidenten unterbrochen und auf den § 9 verwiesen.) Wenn in dieser Weise das Gesetz gehandhabt wird, so ist jedes Versammlungsrecht dadurch in die Willkür der Polizeiverwaltung gestellt, und erschwerend tritt noch der Umstand hinzu, daß dieser Paragraph nicht der Revision der Beschwerdeförderung unterliegt, sondern jeder Einzelstaat auf eigene Hand vorgeht. Vielleicht suchen sich darin die einzelnen Polizeibehörden zu überbieten, um dem Vorwurf der Disziplinlosigkeit zu entgegen, welcher ja jetzt von den "Grenzboten" gegen die höheren Reichsbehörden erhoben wird. Angefangen dieser Sache kann ich es nicht begreifen, wie einzelne Mitglieder des Zentrums, dieser Partei, die unter den Ausnahmefällen des Kulturfampfes so sehr gelitten haben, für die Erneuerung des Sozialistengesetzes stimmen wollen. Machen die offiziösen Erklärungen, daß eine Partei nur durch Unterstützung der Regierung Einfuß nach oben gewinnen könne, Eindruck auf das Zentrum? Es ist Sache der Majorität, aus den von mir und Anderen vorgebrachten Beschwerden die Konsequenzen zu ziehen und bei der dritten Lesung darauf bezügliche Anträge zu stellen. Besonders hierzu verpflichtet ist aber die liberale Partei, welche erst jüngst durch den Abg. Ritter erklärt hat, daß sie an den Grundzügen des Liberalismus festhalten wolle.

Bundeskommisar bairischer Geheimrat Herrmann: Im Bezug auf den Münchener Vorfall steht das Recht der Beschwerde an die vorgesetzte Behörde den Betroffenen zu. Von diesem Recht ist Gebrauch gemacht worden und ich kann die Prüfung des Verfahrens dem geordneten Instanzzug der Behörden überlassen. Der Vorstand der deutschen Volkspartei in München meldete an Stelle der verbotenen Volkerversammlung eine Parteiveranstaltung an, und zwar unter der Erklärung, daß er die anwesenden Sozialdemokraten zum Verlassen des Lokales bei der Eröffnung der Versammlung auffordern würde. In Folge dessen wurde die Anzeige nicht beanstandet. Die Zahl der in dem größten Saale Münchens Versammelten betrug 1000. Davon gehörten 150 der Volkspartei an; 200 waren Neugierige der liberalen und ultramontanen Partei; der Rest Sozialdemokraten. Bei der Eröffnung veranlaßte der Vorstand nicht seinem Versprechen gemäß die Sozialdemokraten zum Verlassen des Saales, sondern ermahnte sie nur zur Passivität. Er schlug das unter aktiver Mitwirkung der Sozialdemokraten gewählte Bureau vor, welches auch bestätigt wurde. Darauf wurde die Versammlung aufgelöst, weil man annahm, daß die Versammlung mit der verbotenen identisch sei. Uebrigens glaube ich, daß, selbst wenn die Angaben des Herrn Sonnemann richtig wären, ein einzelner Irrthum einer Polizeibehörde erster Instanz noch keine Veranlassung ist, diesen Paragraphen abzulehnen.

Abg. Bebel: Die eben gehörte Vertheidigung der münchener Polizei ist das starke Stück, das mir je vorgekommen ist. Wenn nicht das, was in einer Versammlung gesprochen und gethan wird, sondern die Personen der Anwesenden, zur Auflösung genügen, dann werden wir auch den Konservativen ihr Vereins- und Versammlungsrecht gründlich verderben. Seit dem Sozialistengesetz ist das politische Leben in Deutschland erschlafft, die Zufriedenheit des Volkes ist aber nicht gestiegen, das beweist die steigende Auswanderung. Die Eritterung im Volke wächst und treibt es schließlich zur Gewalt. Die Dinge drängen einer schrecklichen Katastrophe zu und dann dürften die herrschenden Klassen schlecht unter der Macht der erbitterten Proletarien wegkommen. Eine solche Verbitterung kann man nur mildern, wenn man es und seine Vertreter durch dieses Gesetz mundtot macht. Bei

Berathung des Sozialistengesetzes waren alle Parteien darüber einig, daß die Wahlversammlungen der Sozialdemokraten nicht unter dieses Gesetz fallen sollen. Auch der Minister Graf Eulenburg hat sich in demselben Sinne ausgesprochen. Trotzdem ist es uns bisher mit einer einzigen Ausnahme nicht gelungen, eine Wahlversammlung zu Stande zu bringen, die Polizei hat sie immer verboten. Der Redner führt eine Reihe Einzelfälle an. Er fährt fort: Die Reichskommission weist unsere Beschwerden gegen Polizeiwillkür grundsätzlich zurück, wir beschweren uns nicht mehr. Die richterlichen Mitglieder der Beschwerdeförderung scheinen nur dazu da zu sein, die nichtrichterlichen Mitglieder sindiger in den Gründen zur Zurückweisung der Beschwerden zu machen. Die positiven Maßregeln des Abg. v. Kardorff für den armen Mann werden bei jedem Arbeiter nur homöisches Gelächter erwecken. Wenn Sie aber nicht hören werden, werden Sie eines Tages schwer fühlen müssen.

Der Antrag Windthorst wird abgelehnt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Zolltarifs (Antrag Windthorst-Varnbüler, betreffend Aufhebung des Flachsatzes) wird definitiv im Ganzen angenommen.

Um 5 Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte: Vertrag mit Hawaii; Wuchergesetz.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 19 April.

r. [Der Buchdrucker Valentin Staniewski, welcher in der hiesigen Hofbuchdruckerei W. Becker & Co. seit dem Jahre 1830 thätig ist und den vier Inhabern dieser Druckerei (Major v. Rosenstiel, Gustav v. Rosenstiel, Börn und E. Rösel) treu seine Dienste geleistet hat, feierte gestern (18. d. M.) unter zahlreicher Beteiligung seiner Berufsgenossen sein 50jähriges Jubiläum. Einen ausführlichen Bericht behalten wir uns noch vor.]

r. [Der Garnison-Schullehrer z. D. und Garnison-Kantor Jenner] feierte am 17. d. M. sein 50jähriges Lehrer-Jubiläum. Von Vereinen, Lehrern, Freunden etc. wurden demselben bei dieser Gelegenheit zahlreiche Ehrenbezeugungen erwiesen.

r. Die Offiziere der Garde und der 9. Division, welche zum Jubiläum des kommandirenden Generals v. Pape hier eingetroffen waren, besuchten Sonntag Vormittags 9 Uhr das Fort Winna und die Außenforts, waren Mittags vom General v. Pape zum Diner eingeladen und verließen meistens Nachmittags und Abends unsere Stadt.

— Wahlen zur Provinzial-Synode. Das hiesige Königliche Konsistorium hat an sämtliche Kreis-Synoden der Provinz Posen folgende Verfügung gerichtet: "Bei den diesjährigen Versammlungen der resp. Kreis-Synoden sind die Wahlen zu der im nächsten Jahre zusammenretenden 3. ordentlichen Provinzial-Synode der Provinz Posen vorzunehmen. Diejenigen Wahlkörper, welche dabei in Gemäßigkeit des § 46,3 der General-Synodal-Ordnung vom 20. Januar 1876 das lezte Drittel der Abgeordneten zu wählen haben, so wie die Zahl dieser Mitglieder sind durch einen Beschluss der im Jahre 1878 versammelt gewesenen 2. ordentlichen Provinzial-Synode der Provinz bestimmt worden. Da dieser Beschluss nach der gedachten Vorschrift der Bestätigung des durch den Vorstand der General-Synode verstärkten evangelischen Oberkirchenrats bedarf, diese aber erst in einigen Wochen zu erwarten ist, so veranlassen wir hierdurch die Kreissynodalvorstände der Provinz, die Einberufung der diesjährigen Kreissynodal-Versammlungen so lange noch auszusetzen, bis ihnen durch das kirchliche Amtsblatt die Bestätigung des Beschlusses durch uns bekannt gemacht sein wird."

r. Der Fackelzug, welcher Sonnabend Abends dem kommandirenden General v. Pape zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum vom Posener Landwehrverein gebracht wurde, gestaltete sich zu einem der glänzendsten, die unsere Stadt gesehen hat, und viele Tausende wohnten dem schönen Schauspiele bei. 8 Uhr Abends setzte sich der Zug vom dem Bernhardinerplatz in Bewegung. Eröffnet wurde derselbe durch eine Anzahl Fackelträger, denen das Musikkorps des 2. Leib-Husaren-Regiments, sodann das Tambourkorps und das Musikkorps des 46. Infanterie-Regiments folgten. Dann kamen der Vorstand des Vereins, die uniformierte Kompanie und ca. 250 Fackelträger, denen voran ein Transparent mit dem Wappen der Familie des Jubilar und der Inschrift: "17. April 1830. 17. April 1880" getragen wurde. Der Zug bewegte sich durch die Gr. Gerber-, Wasserstraße über den Alten Markt, durch die Bronfer-, Krämer-, Friedrichs-, Wilhelmstraße bis zum Gebäude des Generalkommandos, wo sich der Landwehr-Gefangverein bereits versammelt hatte. Nachdem die Sänger das Lied "Die Deutschen in Lyon" gesungen hatten, trat der Vorstand des Vereins an den Jubilar, welcher sich inzwischen vor den Eingang des Hauses begeben hatte, heran; der stellvertretende Vorstand, Hauptmann und Justizrat v. Schirp hielt an dem Jubilar eine Ansrede, in welcher er demselben die Glückwünsche des Vereins darbrachte, dabei der Zeit gedachte, wo er (Redner) vor 30 Jahren unter dem Jubilar, als seinem Vorgesetzten, in der Armee gedient habe, während derselbe gegenwärtig auf dem Gipfel des Ruhms stehe, und brachte ein dreifaches Hoch auf den General aus, in welches die Mitglieder des Vereins lebhaft mit einstimmten. Der Jubilar sprach seinen Dank in bewegten Worten aus: er freue sich, daß, trotzdem er erst kurze Zeit in Posen sei, ihm doch aus den Reihen der Bürgerlichkeit, vom Landwehrverein eine derartige Huldigung dargebracht werde. Er kenne die Tendenzen der Landwehr- und Kriegervereine, die in der Verehrung Sr. Majestät des Kaisers gipfelt, auf den er hiermit ein Hoch ausbringe. Nachdem die zahlreiche Menge in dieses Hoch begeistert mit eingestimmt hatte, sangen die Sänger unter Musikbegleitung das Schuppert'sche Lied: "Das deutsche Schwert." Dem Vorstande hatte inzwischen der Jubilar nochmals seinen besonderen Dank ausgesprochen. Während der Fackelzug vor dem Gebäude des Generalkommandos hielt, waren zahlreiche bengalische Flammen abgebrannt worden. Von dort setzte sich der Zug an der Ostseite der Wilhelmstraße in Bewegung, bog an der Ecke des Hotel de France nach der Westseite der Wilhelmstraße ein, ging dort bis zur Friedrichstraße, durch diese und die Lindenstraße, um das Theater herum und begab sich alsdann auf den Wilhelmplatz, wo von den Musikkapellen das Abendgebet geblasen und hierauf unter den Klängen der Wacht am Rhein die Fackeln verbrannt wurden. Damit erreichte der Fackelzug 9 Uhr sein Ende.

+ Rogasen, 14. April. [Feuer.] Heute Nachts 11½ Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch Feuersignale aus dem Schlafe geweckt. In dem Hintergebäude eines hiesigen Kaufmanns Friedländer war Feuer ausgebrochen und dasselbe griff so schnell um sich, daß bald das ganze Hinterhaus in Flammen stand. Nur durch das Wirken des hiesigen Feuerwehrvereins wurde es möglich, daß die angrenzenden Gebäude keinen Schaden erlitten. Schon war es gelungen, das Feuer auf seinem Herde zu ersticken, als man wiederum Feuersignale hörte, da auf einer anderen Stelle ebenfalls Feuer ausgebrochen war. In der Nähe der Präparandenanstalt, schon etwas außerhalb der Stadt, war in zwei ganz benachbarten Scheunen Feuer zugleich ausgebrochen und hatte so schnell um sich gegriffen, daß, obgleich die Feuerwehr alarmiert war, die Löschmannschaft, die beiden Scheunen, in welchen sich nur ein Kutschwagen und ein Schlitten befand, im totalen Brande stand. Erst nach 3 Uhr konnten die Mannschaften wieder in ihre Wohnung zurückkehren. Neben die Entstehungsursache beider Feuerbrünste ist bis jetzt noch nichts ermittelt worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

* Bromberg, 17. April. [Schiffsverkehr auf dem Bromberger Kanal vom 16. bis 17. April, Mittags 12 Uhr.] Schiffer Johann Glocsek IV 581, Ziegelsteine, von Bromberg nach Speisekanal. Karl Krause, IV 555 leer, vom Speisekanal nach Bromberg. Jul. Baldwisi, I 6895, leer, von Bromberg nach Wilhelmsdorf. Jakob Schulz, IV 509, Steinohlentheer, von Berlin nach Bromberg. August Schulz, I 15855, leer, von Berlin nach Bromberg. Wilhelm Werner, I 16854, do. do. do. August Wöller, I 16133, leer, von Küstrin nach Thorn.

Telegraphische Nachrichten.

Strasburg i. E., 17. April. Der Präsident des Landesausschusses hält beim Schlusse des Landesausschusses eine Ansprache, in welcher er dem Staatssekretär und allen Vertretern der Regierung für ihr freundliches Entgegenkommen dankt und hervorhebt, daß durch die herzgewinnende Persönlichkeit des Statthalters, Generalfeldmarschalls von Manteuffel, der Hoffnung für das Landeswohl ein weites Feld eröffnet sei. Der Redner richtete schließlich an den Statthalter die Bitte, Sr. Majestät dem Kaiser für die neuen zum Wohle des Landes getroffenen Einrichtungen im Namen des Landesausschusses den tiefgefühltesten Dank auszusprechen.

Berl., 16. April. Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag Franz's wegen Einführung der Zivilehe angenommen, den zweiten Theil des Antrages aber betreffend die Religionsfreiheit mit 107 gegen 94 Stimmen abgelehnt. Bei der Berathung erklärte der Ministerpräsident Tisza, daß in Ungarn die Religionsfreiheit ohnehin besteht, daß ein Gesetzentwurf wegen Einführung der Zivilehe aber womöglich noch in dieser Session eingebracht werden solle, obschon dem sehr große Schwierigkeiten entgegenstünden. (Wiederholt.)

Paris, 18. April. Das "Journal officiel" meldet die Ernennung des bisherigen Gesandten in Brüssel, Grafen Duchatel zum Botschafter in Wien und die Ernennung John Lemoine's zum Gesandten in Brüssel.

Paris, 17. April. Der Ministerkonsil hat nunmehr definitiv die Ernennung Say's zum Botschafter in London und diejenige Duchatels zum Botschafter in Wien beschlossen. Die Ernennung John Lemoine's zum Gesandten in Brüssel soll erfolgen, sobald die belgische Regierung ihre Meinung darüber zu erkennen gegeben hat. — Das Journal "Estatette" veröffentlicht einen von Emile Ollivier verfaßten Artikel, in welchen sich der selbe missbilligend über die von den Bischöfen gegen die Dekrete vom 29. März c. erlassenen Proteste ausspricht.

Paris, 16. April. Der deutsche Botschafter, Fürst Hohenlohe, hat heute dem Präsidenten Grévy seinen interimsistischen Vertreter, den Gesandten v. Radowitz, persönlich vorgestellt. — Die "France" erfährt, über die Besetzung des Brüsseler Gesandtschaftspostens durch John Lemoine sei noch keine definitive Entschließung gefaßt. Das telegraphisch signalisierte Rundschreiben des Ministerpräsidenten Freycinet über die französische Politik in allen schwedenden äußeren Fragen werde morgen an die Vertreter Frankreichs im Auslande abgehen. — Gegen die Dekrete vom 29. v. M. über die Kongregationen sind heute weitere Schreiben vom Erzbischof von Rheims und vom Bischof von Soissons veröffentlicht worden. — Die von hier ausgewiesenen ausländischen Sozialisten haben Paris heute verlassen.

Petersburg, 16. April. Nach amtlicher Bekanntmachung hat der Kaiser auf den Vortrag des Ministers des Innern angeordnet, daß dem Generalgouverneur von Ossizien in Bezug auf die Ausweisung verbüchtiger Personen auf administrativem Wege dieselben Rechte übertragen werden, welche nach dem kaiserlichen Uras vom 17. April 1879 den zeitweiligen Generalgouverneuren verliehen worden sind. (Wiederholt.)

Petersburg, 17. April. Der Reichskanzler, Fürst Gortschakoff, hatte während der Nacht sehr starkes Fieber und nur wenig Schlaf, gleichwohl war das Allgemeinbefinden desselben heute Vormittag ein besseres.

Petersburg, 18. April. Nach dem heutigen Bulletin über das Befinden des Fürsten Gortschakoff war der Fieberanfall in der vergangenen Nacht minder stark, die Schlaflosigkeit hielt jedoch an und ist das Allgemeinbefinden und die Schwäche, trotz der leichten Wendung zum Bessern, unverändert.

Petersburg, 17. April. Der Eisgang auf der Neva hat heute früh begonnen.

Rom, 18. April. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer machte in Folge der bezüglichen Anfrage des Deputirten Damiani der Ministerpräsident Cairoli Mittheilung über die Schritte der italienischen Regierung bei dem Wiener Kabinett, um den Grund der Ausweisung des Deputirten Cavallotti's aus Triest zu erfahren. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Baron Haymerle, welcher keine Kenntnis von dem Vorfall hatte, habe sich, auf die Vorstellung der italienischen Regierung, sofort telegraphisch um Auskunft nach Triest gewendet und von dort die Antwort erhalten, daß die Ausweisung Cavallotti's von der Polizei angeordnet worden wäre, weil dieselbe aus Ansatz der Anwesenheit Cavallotti's Ruhestörungen befürchtete. Baron Haymerle habe darauf den Ausweisungsbefehl sofort widerrufen, indeß sei Cavallotti bereits abgereist gewesen. Der Deputirte Damiani erklärte sich durch diese Auskunft zufriedengestellt.

Rom, 17. April. Die Deputirtenkammer berieth heute das Budget des Kriegsministeriums. Von den Deputirten Damiani und Capponi wurden Anfragen über die Ausweisung des Deputirten Cavallotti aus Triest angemeldet.

Madrid, 18. April. Der "Diario" bringt eine Mittheilung über ein angebliches Geständniß, welches Otero vor seiner Hinrichtung dem Herzog von Sexto abgelegt haben soll. Hier nach hätte Otero von einer geheimen Gesellschaft in Toledo, deren Mitglieder ihm selbst unbekannt gewesen wären, den Auftrag erhalten, den König zu töten. Geld und Waffen seien ihm zu diesem Zwecke geliefert worden, und habe man ihn, falls er die passende Gelegenheit vorübergehen ließe, mit Ermordung bedroht.

Konstantinopel, 17. April. Wie es heißt, sind sämmtliche Botschafter der europäischen Mächte nunmehr bevollmächtigt worden, das Protokoll bezüglich des türkisch-montenegrinischen Abkommens zu unterzeichnen. — Der Großvozier, Said Pascha, hat dem Sultan vorgeschlagen, die Nationalversammlung auf der Basis eines veränderten Wahlgesetzes einzuberufen. — Aus Armenien wird berichtet, daß die Hungersnoth daselbst noch andauere; die Pforte hat Maßregeln zur Milderung des Notstandes getroffen.

Philippopol, 18. April. Die außerordentliche Session der Provinzialversammlung ist am 17. d. geschlossen worden. In der Schlafrede sprach der Generalgouverneur seine Befriedigung aus, daß die Versammlung ihre Arbeiten, namentlich die Beurtheilung des Anleihegesetzes erfolgreich beendet habe und forderte die Deputirten auf, in der nächsten Session das Projekt einer Eisenbahn von Burgas nach Jamboli einer Prüfung zu unterziehen. — In dem Budget pro 1880/81 sind die Einnahmen mit 73,738,896 Piaster und die Ausgaben mit 72,865,346 Piaster präliminirt.

Washington, 18. April. Eine der chilenischen Gesandtschaft zugegangene Depesche aus Panama vom 10. d. meldet, daß Callao von 6 Dampfern blockirt sei. In Callao und Lima herrscht große Besorgniß; die Einwohner fliehen.

Washington, 17. April. Der dem Repräsentantenhaus vorgelegte Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beantragt, der Präsident Hayes solle unverzüglich Maßregeln ergriffen zur Aufhebung des sogenannten Clayton-Bulwer-Vertrages mit England. Der Bericht, welcher der jüngsten Botschaft des Präsidenten Hayes, durch die die Aufrechterhaltung der Monroe-Lehre befürwortet wurde, zustimmt, erklärt, der Clayton-Bulwer-Vertrag sei dieser Lehre hinderlich und gefährlich und sei geeignet, die gerechte Politik der Unionstaaten gegenüber den interozeanischen Kanälen zu hemmen.

Capetown, 16. April. Die Kaiserin Eugenie ist heute hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anmerkungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Standesamt der Stadt Posen.

In der Woche vom 10. bis 16. April 1880 wurden angemeldet:

Aufgebote.

Schuhmacher Johann Grajkowski mit Theophilus Wagner, Guts-Administrator Bronislaus von Dominiški mit Helene Braun, Arbeiter Stanislaus Majewski mit Nepomucena Smidowic, Arbeiter Jacob Muchaier mit Julianna Kapich, Sergeant Conrad Wolff mit Emilie Girndt, Lackierer Bronislaus Krölikowski mit Anastasia Krölikowska, Kaufmann Joel Elias mit Julie Levy, Referendar Solomon Sprinz mit Gabriele Schreier, Arbeiter Ignatz Krotkiewicz mit Constantia Ciesielska, Hutfabrikant August Lange mit Julianne Niedel, Sergeant Robert Walter mit Mathilde Baudach, Arbeiter Valentin Witkowski mit Julianne Myk, Schuhmacher Johann Lewandowski mit Julianne Jamka, Maurer Joseph Sforonski mit Eunigunde Andrzejewska, Destillateur Paul Walter mit Marie Schulze.

Eheschließungen.

Arbeiter Karl Sperr mit Antonie Kledeksa, Rentenbank-Diätär Wilhelm Grünberg mit Martha Wende, Schuhmacher Stanislaus Gniotz mit Hedwig Krawiec, Tischler Stanislaus Gajka mit Josepha Szymanska, Feldwebel Max Weise mit Emma Fliege, Kaufmann Matthias Lassocinski mit Marie Koehler, Sattler Michael Szamer mit Franziska Bronia, Schneider Friedrich Franckowski mit Anna Henfel, praktischer Arzt Dr. Stanislaus Jerzykowski mit Marie Jagielska, Schneider Franz Kosch mit Emilie v. Nayer, Schneider Sigismund Marzenowski mit Nöschen Stolzmann, Schuhmann Karl Lorenz mit Christiane Roenisch, Hauptmann Karl Gustav Robert Plaß mit Fräulein Martha Clara Auguste Morfsfeld.

Geburten.

Ein Sohn: Steindrucker Emil Graefe, unverehl. P., Kutscher Joseph Majewski, Arbeiter Peter Olejniczak, Reg.-Supernumerar Gustav Thiel, Kutscher Josef Ratajczak, Sprachlehrer Lazar Lang, unverehl. R., Stadtsekretär Emil v. Geissler, Brandmeister August Maxton, Fleischer Albert Gans, unverehl. G., unverehl. G., Premier-Lieutenant Hermann Wegener, Arbeiter Gustav Häyhnel, Arbeiter Ignaz Braun, Stabsarzt der Landwehr Dr. Josef v. Koizutski. Eine Tochter: Gerichtsvollzieher Albert Hohensee, Schaffner Adam Zbierski, unverehl. H., unverehl. T., Maler Ignatz Matuszewski, Arbeiter Thomas Kremski, unverehl. K., Wittig S., Kaufm. Salomon Baron, Schuhmacher Theodor Winter, Schuhmacher Ignaz Szamborski, Schneidermeister Stanislaus Obecny, unverehl. G., unverehl. B., Schmiedemeister August Heinrich, Pedell Peter Andrzejewski, Schuhmacher Thomas Polakowski, Buchdrucker Samuel Goldschmidt, Schuhmacher Ant. Raczymarek, Feuerwerkslieutenant Johann Barteczko.

Sterbefälle.

Landchäfts-Rегистator Johann David 69½ J., Joseph Palme 2½ J., Wanda Waligorska 2½ J., Arbeiterfrau Appolonia Gajna 48 J., Marie Ritter 1½ J., Rentier Rudolf Baumann 70 J., Casimir Krueger 12 J., Antonie Gräfin v. Dunnin 1½ J., Arbeiter Adalbert Rodevall 64 J., Schuhmacher Johann Kaminski 66 J., Muster Max Bordfeld 26 J., Witwe Emilie Neichenstein 57 J., Diätär Albert Meier 33 J., Franziska Broniewska 11 J., Lehrerin Leonie Jasinska 44 J., Arbeiter Joseph Osiński 37 J., Maria Zielniewicz 4½ J., Mari Zielniewicz 1 J., Arb. Anton Kosci 45 J., Johann Kurcikowski 5½ J., Landwirthsfrau Kunegunde Strojnowska 60 J., Cecilia Kaminska 11 J., Richard Achmann 3 J., Frau Anna Rosina Hoffmann geb. Baumgart 92½ J., Anna Lechner 1½ J., Josefa Jaruzewská 1 J., Witwe Wilhelmine Stephan 67 J., Sophie Lacherska 2 J., Schuhm. Wilhelm Kotlinski 58 J., Georg Urbanowicz 27 Tage, Josefa Blaszczyk 3 Wochen, Felix Soznowski 7 M., Karl Włodzimierz 5 M., Anna Tycynska 9 M., Robert Neumann 11 Wochen, Stefan Bandrich 5 M., Ignaz Alnoch 3½ M., Hermann Dümke 2½ M., Marie Bartylak 8 M., Erich Pohl 3 M., Marie Szerowicz 1 M., Stanislawa Polakowka 1 Stunde.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
17. Nachm. 2	753,4	SO mäßig	heiter	+22,2
17. Abends 10	752,6	O schwach	heiter	+15,0
18. Morgs. 6	752,9	Windstille	wolkenlos	+11,0
18. Nachm. 2	753,7	SO schwach	heiter	+24,6
18. Abends 10	755,1	Windstille	wolkenlos	+15,8
19. Morgs. 6	757,4	SW schwach	wolkenlos	+11,4

Wetterbericht vom 18. April, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen	756,9	S frisch	halb bedeckt	7,8
Kopenhagen	761,6	NO leicht	bedeckt	9,5
Stockholm	765,2	ÖSO leicht	wolkenlos	7,4
Haparanda	762,6	W leicht	wolkenlos	— 1,4
Petersburg	758,7	NS leicht	wolkenlos	2,3
Moskau	fehlt			
Cork	749,0	S stürmisch	Regen ²⁾	10,0
Brest	762,4	SSW mäßig	bedeckt ¹⁾	10,5
Helder	762,4	WW still	wolkenlos	8,0
Sylt	760,3	ÖSO mäßig	halb bed. ⁴⁾	9,7
Hamburg	759,0	NO still	halb bed. ⁵⁾	11,2
Swinemünde	759,5	ÖSO still	halb bedeckt	15,0
Neufahrwasser	763,0	still	halb bedeckt	12,4
Memel	763,0	O leicht	halb bed. ⁶⁾	10,9
Paris	765,8	W still	wolkenlos	9,3
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	762,1	SW mäßig	Regen ⁷⁾	11,4
Wiesbaden	761,1	NW schwach	Regen ⁸⁾	11,0
Kassel	758,1	NW still	wolfig	14,8
München	762,3	W stark	bedeckt ⁹⁾	11,8
Lipzig	759,3	SSO leicht	heiter	16,0
Berlin	759,1	O still	wolkenlos	16,4
Wien	760,9	SO still	heiter	11,0
Breslau	761,2	SSO still	heiter	15,4

1) Seegang leicht. 2) Große See. 3) Seegang mäßig. 4) Nachts Gewitter. 5) Thau. 6) Nachts Thau. 7) Gestern Abend Wetterleuchten. 8) Nachts Gewitter und Regen. 9) Nachts Regen.

Übersicht der Witterung.

Während die flache Depression, welche gestern in Süddeutschland lagerte, nordwärts nach Braunschweig fortgeschritten ist, wobei am Abend im Bereich der mäßigen nördlichen Winde (Westdeutschland) zahlreiche Gewitter und ergiebige Niederschläge auftraten, hat sich das Depressionsgebiet in Nordwesten schnell vertieft, so daß sich die Stärke der Südwinde in der Südwesthälfte des britischen Reiches mehrfach zu vollem, von starkem Regen begleiteten Sturme gesteigert hat. Sehr ruhig, trocken und heiter ist dagegen das Wetter im östlichen Östseebecken und dem ganzen großen, südlich und südöstlich davon gelegenen Gebiete. Die Temperatur ist im südlichen Theile dieses Raumes von Neuem gestiegen und übertrifft im nordöstlichen Viertel von Deutschland die normale um 8 bis 13 Gr. Nizza: Ost, schwach, heiter, Plus 16,2 Grad. Deutsche Seewarte.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 17. April. (Schluß-Course.) Schwach.

Lond. Wechsel 20,462. Pariser do. 81,02. Wiener do. 170,95. R.-M. St. A. 1462. Rheinische do. 158. Hess. Ludwigsb. 99. R.-M.-Pr.-Ant. 133½. Reichsanl. 99½. Reichsbank 149. Darmitz. 145½. Reininger B. 96½. Dest.-ung. Bf. 716,00. Kreditaktien* 243½. Silberrente 62½. Papierrente 62½. Goldrente 76½. Ung. Goldrente 89½. 1860er Lisse 124½. 1864er Lisse 312,50. Ung. Staatsl. 212,70. do. Ost. -Ob. II. 84½. Böh. Westbahn 193½. Elisabethb. 162½. Nordwestb. 141½. Galiz. 228½. Franzosen* 238½. Lombarden* 69½. Italiener 84½. 1877er Russen 90½. ll. Oriental. 60½. Bentr.-Pacific 110 Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse Kreditaktien 242½, Franzosen 238½, Gazzier 226½, ungarische Goldrente —. ll. Orientalie 60½, 1860er Lisse —. III. Orientalie —. Lombarden 69, Schweizer. Zentralbahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —.

* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 17. April. Effekten = Sozietät. Kreditaktien 241½, Franzosen 237½, Lombarden —. 1860er Lisse —. Galizier 226, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente 89½, ll. Orientalie 60½, österr. Goldrente 76½, Papierrente —, ill. Orientalie 60½. 1877er Russen 90½. Reiminger Bank —. Matt.

Wien, 17. April. (Schluß-Course.) Die Börse eröffnete matt auf die von auswärts gemeldeten Courier und auf die Berichte aus der Montanbranche, befestigte sich aber in Folge von Deckungsfäulen. Papierrente 73,35. Silberrente 73,70. Österreich. Goldrente 89,35, Ungarische Goldrente 105,92½. 1854er Lisse 123,50. 1860er Lisse 130,50. 1864er Lisse 174,00. Kreditloose 178,00. Ungar. Prämiens 112,00. Kreditaktien 285,80. Franzosen 289,00. Lombarden 82,00. Galizier 266,00. Kasch.-Oderb. 128,00. Paribitzer 130,00. Nordwestbahn 166,00. Elisabethbahn 189,50. Nordbahn 245,00. Österreich-ungar. Bank —. Türk. Lisse —. Unionbank 109,20. Anglo-Austr. 154,30. Wiener Bantverein 141,40. Ungar. Kredit 272,75. Deutsche Plätze 58,65. Londoner Wechsel 119,10. Pariser do. 47,20. Deutsche Plätze 58,65. Londoner Wechsel 119,10. Pariser do. 47,20. Pariser do. 98,60. Napoleon's 9,49. Dukaten 5,69. Silber 100,00. Marknoten 58,65. Russische Banknoten 1,25½. Lemberg-Czernowitz 170,50.

Wien, 17. April. Abendbörse. Kreditaktien 284,10, Franzosen 278,75, Galizier 265,50, Anglo-Austr. 153,30, Lombarden 81,75, Papierrente 73,17½, österr. Goldrente 89,15, ungar. Goldrente 105,57½, Marknoten 58,67½, Napoleon's 9,49½, 1864er Lisse —, österr.-ungar. Bank —. Nordbahn —. Matt.

Paris, 17. April. (Schluß-Course.) Sehr fest. 3 proz. amorijiro. Rente 85,05, 3 proz. Rente 83,47½, Anleihe de 1872 119,25, Ital. 5 proz. Rente 84,45, Österreich. Goldrente 75½, Goldrente 90½, Russen de 1877 92½, Franzosen 596,25, Lombardische Eisenbahn-Altien 183,75, Lombard. Prioritäten 270,00. Türken de 1865 10,65, 5 proz. rumänische Anleihe 77,00.

Credit mobili 693, Spanier exter. 17½, do. inter. 15½, Suezano-Altien —, Banque ottomane 539, Societe generale 567, Credit foncier 1207, Egypt 311, Banque de Paris 982, Banque d'escampie 820, Banque hypothécaire 623, ill. Orientalie 61½, Türkensloje 36,50, Londoner Wechsel 25,28.

London, 17. April. Consols 98½, Italien. 5 proz. Rente 83½, 3 proz. amorijiro. Rente 85,05, 3 proz. Rente 83,47½, Anleihe de 1872 119,25, Ital. 5 proz. Rente 84,45, Österreich. Goldrente 75½, Goldrente 90½, Russen de 1877 87, 5 proz. Russen de 1872 86½, 5 proz. Türk. de 1865 10½, 5 proz. fundierte Amerikaner 104½, Österreich. Silberrente 62½, do. Papierrente —, Ungar. Gold. Rente 89½, Österreich. Goldrente 74½, Spanier 17½, Egypt —.

Preuß. 4 prozent. Consols 98½, 4 prozent. bair. Anleihe 98. Platzdiskont 2½ p. ct. In die Bant floßen heute 58,000 Pf. Sterl.

Petersburg, 17. April. Wechsel auf London 25½, ll. Orientalie —. III. Orientalie 90½.

Florenz, 17. April. 5 p. ct. Italienische Rente 92,10, Gold 21,90, New York, 17. April. (Schlußurk.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C. Wechsel auf Paris 5,19½. 5 p. ct. fundierte Anleihe 103½, 4 p. ct. fundierte Anleihe von 1877 106½, Erie-Bahn 42½. Central-Pacific 1,2½, New York Centralbahn 130½.

Produkten-Course.

Köln, 17. April. (Getreidemarkt.) Weizen bießiger loco 23,50, fremder loco 23,75, pr. Mai 22,40, pr. Juli 21,50, pr. November 20,10. Roggen

Petersburg, 16. April. Produktenmarkt. Talg loko 56,00, per August 56,00. Weizen loko 16,50. Roggen loko 10,10. Hafer loko 5,25. Hanf loko 34,00. Leinsaat (9蒲) loko 16,50. — Wetter: Heiter.

Produkten-Börse.

Berlin, 17. April. Weizen per 1000 Kilo loko 200—235 M. nach Qualität gesordert, seiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bezahlt, per April — bez., per April-Mai 214—216—215 bezahlt, per Mai-Juni 212½—215—213½ bezahlt, per Juni-Juli 208—209—208½ bezahlt, per Juli-August 200½—202—201 bez., per Sep.-Oktober 195½—197—196½ M. bezahlt. Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 115 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 164—177 M. nach Qualität gesordert. Rüff. a. B. bez., inländ. 173—175 ab Bahn bez., Hochfein — M. ab B. bez., seiner — M. ab Bahn bezahlt, per April 164½—165½—164½ bezahlt, per April-Mai 164½—5½—4½ bezahlt, per Mai-Juni 159½—161—160 bezahlt. B. 159½ G. per Juni-Juli 156½—158—157½ Mark bezahlt, per Juli-Aug. 151½ bis 152½—152 bez. per Aug.-September — bez., per September-Oktober 149½—50—9½ bezahlt. — Gefündigt 5000 Zentner. Regulierungspreis 165 M. bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 nach Qualität gesordert. Hafer per 1000 Kilo loko 145—165 nach Qualität gesordert. Russischer 145 bis 147 bezahlt, Pommerscher 155—159 bez., Ost- und Westpreußischer 153—157 bez., Schlesischer 155—159 bez., Böhmisches 155 bis 159 bez., Galizischer — bez., per April — M. bez., per April-Mai 145—145½ bez., per Mai-Juni 145½ bez., per Juni-Juli 147—147½—147 bez., per Juli-August 144 bez., per August-Sept. — B. per September-Oktober 140—139½—140 bezahlt. Gefündigt 10,000 Rtr. Regulierungspreis 143 M.

bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 170 bis 205 M. Futterwaare 160 bis 168 M. — Mais per 1000 Kilo loko 146—149 bezahlt nach Qualität. Rumänische — ab Bahn bez. Amerikanische — ab Kahn bezahlt. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,00—29,00 M., 0: 29,00—28,00 M., 0/1: 28,00—26,00 M. — Roggenmehl incl. Sac, 0: 23,50 bis 22,75 M., 0/1: 22,50 bis 21,50 M., per April 22,70—22,60 bezahlt, per April-Mai 22,70—22,60 bezahlt, per Mai-Juni 22,50—22,40 bezahlt, per Juni-Juli 22,40—22,30 bezahlt, per Juli-August 22,15—22,10 bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bezahlt. — Dörfel — per 1000 Kilo Winterraps 235 bis 244 M., per September-Oktober — bez., per November-Dezember — bez. Winterrüben 230—240 M., per S.O. — bezahlt. — Rübel per 100 Kilo loko ohne Fas 51,0 bez., flüssig — M., mit Fas 50,3 M., per April 51,5—51 M. bez., per April-Mai 51,5—51,7 M. bez., per Mai-Juni 51,5—51,7 bez., per Juni-Juli 52,2—52,2 bez., per Juli-August 53 bez., per August-Sept. 53,5 bezahlt, Sept.-Ost. — bez., per Nov.-Dezember — bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bezahlt. — Leinöl per 100 Kilo loko 65 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,0 M., per April 24,2 bezahlt, per April-Mai 23,0 Geld, per Mai-Juni — M., per Juni-Juli — M., per Sept.-Oktober 24,7 M. bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bezahlt. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas 60,4 Mark bezahlt, per März-April 59,8 bis 60,3—60,3 bezahlt, per April-Mai 59,8—60,3—60,3 bezahlt, per Mai-Juni 60,4—60,2—60,4 bezahlt, per Juni-Juli 60,9—61,7—61,0 bezahlt, per Juli-August 61,7—62,1—61,9 bezahlt, per August-September 61,7—61,6—61,9 bezahlt, per September-Oktober 57,5 57,5—57,2—57,5 bez. Gefündigt — Liter. Regulierungspreis — bez. (B. B. 3.)

Stettin, 17. April. (An der Börse) Wetter: Schön. + 18 Grad R. Barometer 28,4. Wind: SO. Weizen unverändert, per 1000 Kilo loko gelber inländ. 204 bis 210 M., weißer 206—212 M., per Frühjahr 207 M. bez., per Mai-Juni 204 M. bez., per Juni-Juli do., Juli-August 203 M. bez., per September-Oktober 194 M. bez., Roggen etwas fester, per 1000 Kilo loko inländischer 164—168 M., russischer 164—167 M. bez., per Juni-Juli 152 M. bez. u. Gd., per September-Oktober 147—148—147,5 M. bez., Gerste unverändert, per 1000 Kilo loko feine Brau 165—170 M., Oderbruch 158—164 M., Hafer matt, per 1000 Kilo loko inländischer 140—145 M., feiner Pommerscher 146—147 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterrüben matt, per 1000 Kilo loko per April-Mai 233 M., per September-Oktober 245 M. bez., Rübel behauptet, per 100 Kilo loko ohne Fas bei Kleinigkeiten flüssig 53 M. Br., per April-Mai 5,15—51,7 M. bez., per Mai-Vit. Br., per Juni-Juli — M. Br., per September-Oktober 55 M. Br. — Spiritus fester, per 10,000 Liter p.C. loko ohne Fas 60,2 M. bez., per Frühjahr 60,2 M. bez., per Mai-Juni 60,5 M. bez., per Juni-Juli 61,3 M. bez., 61,4 M. Br. u. Gd., per Juli-August 61,4—61,5 M. M. bez., 61,7 M. Gd., per August-September 61,2—61,5 M. bez., per September-Oktober 57,2 M. Gd. — Angemeldet: 10,000 Liter Spiritus. Regulierungspreise: Weizen 207 M., Roggen 162,5 M., Rüböl 51,5 M., Spiritus 60,2 M. — Petroleum loko 8,5 M. trans. bez., Regulierungspreis 8,5 M.

Heutiger Landmarkt: Weizen 210—216 M. Roggen 168—176 M., Gerste 165—170 M., Hafer 153—157 M., Erbsen 165—175 M., Kartoffeln 56—78 M., Heu 2,5—3 Mark, Stroh 27—30 M. (Dittee-Zig.)

Berlin, 17. April. Der Eröffnung des heutigen Verkehrs fehlte Anregung in hohem Grade; doch sich die Anfangs wenig veränderten Course rasch um Kleinigkeiten, weil die Notirungen der Glasgower Eisenpreise als günstig galten. Dieselben sollten gestern angeblich unter 50 sh. gewesen sein, und würden sich danach allerdings beträchtlich erholt haben. Laurahütte und Dortmunder Union traten darauf in steigende Bewegung, und auch Diskonto-Kommandit-Anteile, sowie Kreditaktien besserten sich. Doch blieben die Umsätze beschränkt, nachdem die erste Kauflust befriedigt war. Der Eisenbahnen-Aktien-Markt war durch die Märkte-Mehrennahmen der Vergleich-Märkte

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 17. April 1880. Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	106,00	G
do. neue 1876	4	99,70	bz
Staats-Anleihe	4	99,75	bz
Staats-Schuldsch.	3½	96,25	bz
Do.-Deichb.-Obl.	4½	102,00	G
Berl. Stadt-Obl.	4½	104,00	bz
do. do.	3½	94,00	bz
Schloß d. B. Kfm.	4½	104,00	bz
Pfandbriefe:			
Berliner	4½	104,00	bz
do.	5	108,40	G
Landsh. Central	4	99,40	bz
Kurz. u. Neumärf.	3½	94,00	B
do. neue	3½	91,00	G
do.	4	100,30	bz
Amerif. neue 4½			
R. Brandbg. Cred. 4			
Östpreußische	3½	90,75	G
do.	4	99,25	bz
do.	4½	101,25	bz
Pommersche	3½	90,70	bz
do.	4	100,10	bz
Posenische, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,40	bz
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½	104,00	bz
do. neue A. u. C.	4	104,00	bz
Westpr. ritterlich.	3½	90,70	G
do.	4	99,30	G
do. II. Serie	5	100,50	bz
do. neue	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kurz. u. Neumärf.	4	100,10	bz
Pommersche	4	100,10	bz
Posenische	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,40	bz
Schlesische	4	99,40	bz
Souveraines	20,39	G	
20-Frankstücke	16,21	G	
do. 500 Gr.			
Dollars	4,24	G	
Imperials	16,67	G	
do. 500 Gr.	1396,00	bz	
Fremde Banknoten			
do. einlösbar. Leipz.			
Französ. Banntot.	81,05	bz	
Desterr. Banntot.	170,85	bz	
do. Silbergulden			
Russ. Noten 100 Rbl.	214,55	bz	
Deutsche Fonds.			
Pr.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	143,75	bz
Hess. Prich. a 40 Th.		282,00	B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,80	bz
do. 35 fl. Obligat.	175,40	bz	
Bair. Präm.-Antl.	4	134,20	bz
Braunschw. 20thl.-L.	97,30	G	
Brem. Antl. v. 1874	4	98,25	bz
Cöln.-Mfd.-Pr.-Antl.	3½	133,25	bz
Do. St. Pr.-Antl.	3½	126,75	bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	119,90	bz
do. II. Abth.	5	117,90	bz
Ob. Pr.-A. v. 1866	4	188,50	bz
Lübeck Pr.-Antl.	4	124,40	bz
Bünder Pr.-Antl.	3½	185,10	bz
Mecklenb. Eisenb.sch.	3½	91,10	bz
Meiningen Loofe	26,90	bz	
do. Pr.-Pfdbr.	4	102,90	B
Oldenburger Loofe	3	155,25	bz
D.-G.-C.-B.-Pfdbr.	5	107,00	G
do. do.	4½	102,90	B
Dtsch. Hypoth. unf.	5	103,10	G
do. do.	4½	101,00	bz
Mein. Hyp.-Pfdbr.	5	100,50	bz
Krd. Ordcr.-H.-A.	5	100,50	bz
do. Hyp.-Pfdbr.	5	100,50	bz
Amerif. rdz. 1881	6	100,50	bz
do. Bds. (fund.)	5	100,90	B
Norweger Anleihe	4½	100,90	B
Newyork. Std.-Antl.	6	116,30	bz
Desterr. Goldrente	4	76,20	bz
do. Pap.-Rente	4½	62,30	G
do. Silber-Rente	4	62,80	bz
do. 250 fl. 1854	4	114,25	bz
do. 100 fl. 1858	3½	334,10	G
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,20	bz
do. do. v. 1864	3½	312,00	G
Ungar. Goldrente	6	90,00	bz
do. St.-Eisb.-Aft.	5	88,80	bz
do. Loosse		212,25	bz
do. Schatzsch. I.	6	do. do. kleine	6
do. do. II.	6	do. do. II.	6
Italienische Rente	5	do. do. III.	6
do. Tab.-Oblg.	6	do. do. IV.	6
Rumänier	8	108,75	B
Österre. Loofe	—	50,75	bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,40	bz
do. Engl. A. 1822	5	85,70	bz
do. do. A. v. 1862	5	87,50	bz
Russ. Engl. Antl.	2	64,10	bz
Russ. fund. A. 1870	5	88,40	bz
Russ. conf. A. 1871	5	88,50	bz
do. do. 1872	5	88,50	bz
do. do. 1873	5	90,40	bz
do. do. 1877	5	90,40	bz
Amerif. rdz. 1881	6	100,50	bz
do. Bds. (fund.)	5	100,90	B
do. Hypoth. (Hübner)	4	116,30	bz
do. Hypoth. (Königslb.)	4	98,00	G
do. Hypoth. (Reipauer)	4	148,00	bz
do. Discontobr.	4	93,50	bz
Magdeb. Privatb.	4	120,00	G
do. Handelsb.	4	139,50	bz
Gothaer Privatb.	4	111,50	G
do. Hypoth. (Von) 4	92,00	bz	
do. Reichsbank	4	149,00	bz
do. Reichsbank	4	149,00	bz
Disconto-Comm.	4	173,60	bz
Geraer Bank	4	86,50	G
do. Handelsb.	4	58,60	G
Gothaer Privatb.	4	102,50	B
do. Grundkreft.	4	89,10	bz
Coburger Credit-B.	4	93,75	bz
do. Wechslerbank	4	103,75	bz
Darmstädter Privatb.	4	113,50	G
do. Zettelbank	4	106,30	G
Deissauer Creditb.	4		